

SOLIDARITÄT MIT DER FREIHEITSBEWEGUNG IM IRAN – MENSCHENRECHTE KONSEQUENT VERTEIDIGEN

I. Aktuelle Lage im Iran

Seit der Ermordung von Jina Mahsa Amini im September 2022 befindet sich der Iran in einer anhaltenden politischen, gesellschaftlichen und menschenrechtlichen Krise. Ausgehend von Protesten gegen den staatlich verordneten Kopftuchzwang hat sich eine landesweite Freiheitsbewegung entwickelt, die von Frauen, jungen Menschen und breiten Teilen der Zivilgesellschaft getragen wird und grundlegende politische, soziale und kulturelle Rechte einfordert.

Das iranische Regime reagiert auf diese berechtigten Forderungen mit massiver Repression. Sicherheitskräfte gehen mit tödlicher Gewalt gegen Demonstrierende vor, unzählige Menschen wurden willkürlich festgenommen, zahlreiche Todesurteile wurden nach unfairen Verfahren verhängt und vollstreckt. Berichte über Folter, sexualisierte Gewalt in Haft sowie systematische Verletzungen rechtsstaatlicher Mindeststandards sind vielfach dokumentiert.

Parallel dazu verschärft das Regime die digitale Überwachung, schränkt den Zugang zu Informationen und zum Internet massiv ein und nutzt moderne Technologie gezielt zur Kontrolle und Einschüchterung der Bevölkerung. Außenpolitisch trägt der Iran durch die Unterstützung bewaffneter Milizen, durch Waffenlieferungen an Russland sowie durch seine Bestrebungen zu einem eigenen Atomprogramm zur Destabilisierung der Region und zur Gefährdung internationaler Sicherheit bei. Die Leidtragenden dieser Politik sind vor allem die Menschen im Iran, die unter wirtschaftlicher Not, sozialer Unsicherheit und staatlicher Willkür leiden.

II. Sozialdemokratische Grundhaltung

Die Bayerische Sozialdemokratie mit Landtagsfraktion und Landesgruppe steht in solidarischer Verbundenheit an der Seite der Menschen im Iran, die mutig für Freiheit, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit eintreten. Maßstab unseres Handelns sind die universellen und unteilbaren Menschenrechte. Unsere Kritik richtet sich gegen das autoritäre Regime und seine Repressionsorgane, nicht gegen die iranische Gesellschaft oder die Menschen im Land.

Eine sozialdemokratische Iranpolitik verbindet eine klare menschenrechtliche Haltung mit gezielten, wirksamen Maßnahmen gegen die Verantwortlichen. Sie setzt auf multilaterales Handeln, die Stärkung internationaler Institutionen und die konkrete Unterstützung der Zivilgesellschaft.

III. Beschluss

Wir verurteilen die fortgesetzten schweren Menschenrechtsverletzungen, insbesondere die Anwendung der Todesstrafe, die Unterdrückung von Frauen, Oppositionellen sowie ethnischen und religiösen Minderheiten, aufs Schärfste. Deutschland und die Europäische Union sind gefordert, sich weiterhin und verstärkt für die internationale Aufarbeitung dieser Verbrechen einzusetzen und zur strafrechtlichen Verfolgung der Verantwortlichen beizutragen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für gezielte personenbezogene Sanktionen gegen jene Akteure einzusetzen, die für Repression, Folter, willkürliche Inhaftierungen und Hinrichtungen verantwortlich sind. Diese Sanktionen müssen wirksam ausgestaltet und konsequent durchgesetzt werden.

Wir sehen die Notwendigkeit, die iranische Zivilgesellschaft aktiv zu unterstützen. Politisch Verfolgte, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Journalistinnen und Journalisten sowie Kulturschaffende müssen Schutz, sichere Aufnahmewege, Visaerleichterungen und Förderprogramme erhalten. Deutschland trägt hier eine besondere humanitäre Verantwortung.

Wir fordern außerdem, den freien Zugang zu Informationen zu stärken und die digitale Selbstbestimmung der Menschen im Iran zu unterstützen. Der Einsatz für einen möglichst ungehinderten Internetzugang sowie die strikte Kontrolle und Unterbindung von Exporten von Überwachungs- und Repressionstechnologie an das iranische Regime sind dabei zentrale Elemente.

Wir fordern die Bundesregierung darüber hinaus auf, ihr Handeln eng mit europäischen und internationalen Partnern abzustimmen, um den politischen Druck auf das iranische Regime zu erhöhen. Die Unterstützung Russlands im Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die destabilisierende Rolle des Iran in der Region verurteilen wir klar.

Im Hinblick auf das iranische Atomprogramm bekräftigen wir das Ziel der Nichtverbreitung von Atomwaffen. Der diplomatische Kontakt bleibt notwendig, darf jedoch niemals zur politischen Aufwertung oder Legitimierung eines Regimes führen, das systematisch Menschenrechte verletzt.

IV. Fazit

Die Menschen im Iran zeigen Tag für Tag großen Mut im Kampf für Freiheit, Würde und Selbstbestimmung. Wir bekräftigen den Anspruch, ihnen mit konkretem politischem Handeln zur Seite zu stehen. Solidarität bedeutet, nicht wegzusehen, sondern Verantwortung zu übernehmen und sich konsequent für die Menschenrechte im Iran einzusetzen.

SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

SPD-Landesgruppe Bayern im Deutschen Bundestag

München, 14. Januar 2026